

Sparern droht der "Bail-in"

08.05.2013 | [Prof. Dr. Thorsten Polleit](#)

Dieser Beitrag wurde in ähnlicher Form beim Ludwig von Mises Institut Deutschland am 22. April 2013 veröffentlicht.

Die EU-Kommission verkündete am 12. April 2013 noch einmal, was sie bereits am 6. Juni 2012 unter der Überschrift "Neue Krisenmanagement-Maßnahmen zur Vermeidung künftiger Bankenrettungen" (IP/12/570) veröffentlicht hatte: Schieflagen von Euro-Banken sollen gelöst werden, indem die Eigenkapitalgeber und Gläubiger der Banken die Verluste zu tragen haben. (1) Die Politik, Eigenkapitalgeber, Gläubiger und Einleger in zur Deckung von Bankverlusten heranzuziehen, wird als "Bail-in" bezeichnet.

Die Haftungsrangfolge soll dabei wie folgt sein: Entstehen bei Banken Verluste, so müssen diese zunächst von den Eigentümern der Banken getragen werden. Reicht also das Eigenkapital nicht aus, die Verluste zu decken (kommt es also zu einer Überschuldung), so müssen nachrangige Verbindlichkeiten der Banken ("Subordinated Debt") herabgesetzt werden. Reicht das immer noch nicht aus, um die Verluste zu decken, kommen erstrangige Verbindlichkeiten ("Senior Debt") an die Reihe. Und reicht das immer noch nicht, sollen auch die Halter von Bankeinlagen, die mehr als 100.000 Euro betragen, zur Ader gelassen werden.

Es trifft die Kleinsparer

Bei oberflächlicher Betrachtung könnte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, die EU-Kommission will die "Reichen" zur Deckung von Bankverlusten in die Pflicht nehmen und den "Kleinsparer", beziehungsweise den Steuerzahler, verschonen. Doch bei genauerer Betrachtung erweist sich das als Fehleinschätzung.

Wenn Bankschuldverschreibungen gestrichen werden, beschert das den Haltern dieser Papiere Verluste. Diese Papiere werden jedoch vor allem von Versicherungen und Pensionsfonds und -kassen sowie Versorgungswerken gehalten, also Instituten, die vor allem die Lebensersparnisse kleiner und mittlerer Einkommensverdiener in Bankschuldverschreibungen angelegt haben.

Ein Herabsetzen der Bankschulden träfe folglich vor allem die kleinen und mittleren Einkommensverdiener (also die, die Bankeinlagen von weniger als 100.000 Euro halten). Um es anschaulich zu formulieren: Dem Halter einer Riester-Rente werden Verluste aufgebürdet noch bevor derjenige, der eine Bankeinlage von mehr als 100.000 Euro hält, zur Kasse gebeten wird.

Wann ist eine Bank überschuldet?

In einem freien Markt ist unzweifelhaft feststellbar, wann ein Unternehmen überschuldet ist. Anders ist das bei Geschäftsbanken, weil sie nicht in einem freien Markt operieren: Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) übt einen dominierenden Einfluss auf die Zins- und Preisgestaltung in den wichtigen Geschäftsfeldern der Banken aus.

So sorgt er dafür, dass Geschäftsbanken ihre fälligen Verbindlichkeiten problemlos refinanzieren können. Der EZB-Rat stellt den Banken nämlich in unbegrenztem Umfang Kredite zu Tiefstzinsen bereit. Die Zinsen auf dem Bankenrefinanzierungsmarkt spiegeln folglich nicht die wahre Bonität der Banken wider, sondern vielmehr die von der EZB gesetzten (Vorzugs-) Konditionen.

Unter diesen Bedingungen ist es Banken möglich, zum Beispiel Problemkredite, die sie in ihren Bilanzen ausweisen, "umzustrukturieren". Auf diese Weise können sie einen Verlustausweis vermeiden. Bei Zahlungsproblemen des Kreditnehmers wird nun ein Problemkredit zum Beispiel verlängert, refinanziert mit Krediten, die die EZB zu Tiefstzinsen bereitstellt.

Durch die Tiefzinspolitik sorgt die EZB zudem auch für steigende Wertpapierkurse und hält auch auf diesem Wege Verluste für die Banken im Zaum. Sollte die Zentralbank gar dazu übergehen, die Kreditportfolios der Geschäftsbanken abzukaufen, kann sie auch die (Markt-)Preise dieser Kredite maßgeblich bestimmen und damit die Verluste für die Banken reduzieren beziehungsweise ganz vermeiden.

Eine besorgniserregende Machtansammlung beim EZB-Rat bahnt sich also an: Er hat es maßgeblich in der Hand, ob und wann Banken in "Schieflage" geraten. Die Mitglieder im EZB-Rat beziehungsweise die

Interessengruppen, die auf ihn den größten Einfluss nehmen, werden bestimmen, welche Bank über Wasser gehalten wird und welche nicht; und welche Bankverbindlichkeiten (unmittelbar) untergehen und welche nicht.

Damit trifft der EZB-Rat im Grunde auch die Entscheidung über das Wohl und Wehe der nationalen Bankensektoren im Euroraum. Das Einfallstor für politische Einflussnahme auf den EZB-Rat und damit die Euro-Geldpolitik könnte wohl kaum größer sein.

Schuldenschnitte im Papiergeldsystem

Was aber, wenn Sparer und Investoren erkennen, dass viele Banken im Euroraum unter "normalen" Marktbedingungen gar nicht mehr profitabel und überlebensfähig sind? Und dass die Probleme nicht nur einige wenige, sondern eine ganze Reihe von Banken betreffen?

Diese Einsicht könnte vor dem Hintergrund der Pläne, Forderungen der Gläubiger zu löschen, zu einer Flucht aus Bankschuldverschreibungen und Einlagen führen, was vermutlich "schlechte Banken" zuerst treffen würde. Sie würden dann noch stärker am "Rettungstropf" der EZB und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) hängen als bisher - und so zusehends die Steuerzahler und Sparer der Länder, die bisher noch als relativ stabil angesehen werden, belasten - etwa durch ein (Wieder-)Ansteigen der "Target-2-Salden".

Schuldenschnitte in einem Papiergeldsystem hätten weitreichende volkswirtschaftliche Folgen. Ludwig von Mises (1881 - 1973) zeigte im Zuge der monetären Konjunkturtheorie der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, dass "Zirkulationskredite" - das sind Bankkredite, durch die Banken ungedecktes Kreditgeld ("Umlaufmittel") schaffen - zunächst einen "Boom" in Gang setzen, der aber in einem "Bust", einer Rezession-Depression, enden muss.

Verlust der Ersparnisse

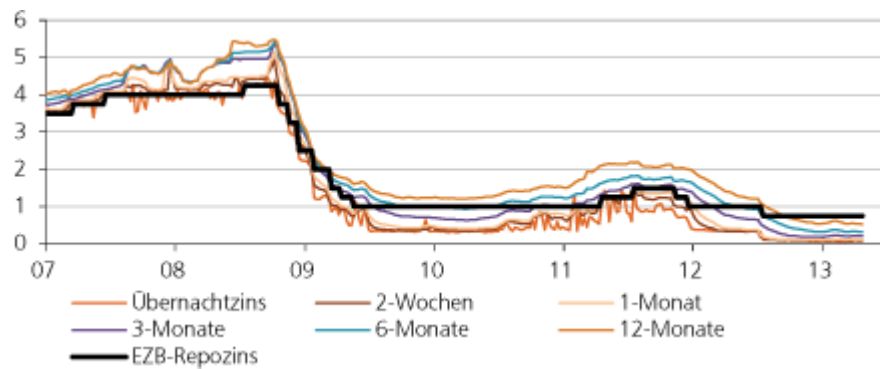
Um das ein oder andere Mal mag es den Regierungen und ihren Zentralbanken zwar gelingen, einen herannahenden Bust in einen neuen Boom umzumünzen. Doch irgendwann kollabiert der Papiergeldboom, so Mises' Erkenntnis.

Die Sparer, die ihre Altersvorsorge in Papiergeld denominierte Zahlungsverprechen investiert haben, werden in jedem Fall verlieren. Sie werden entweder Zahlungsausfälle erleiden, weil Bankeinlagen sowie Staats-, Bank- und Unternehmensverbindlichkeiten, die im Zuge eines Papiergeldsystems aufgehäuft wurden, nicht mehr (vollständig) zurückgezahlt werden. Oder aber die Zahlungsforderungen, die sie halten, werden zurückgezahlt mit entwertetem Geld. In beiden Fällen werden die Ersparnisse zerstört. Das ist das hässliche Ergebnis des Papiergeldsystems.

Zinssenkung der EZB

Die Zeichen mehren sich, dass die EZB ihren Leitzins bald absenken könnte - vielleicht schon am kommenden Donnerstag, den 2. Mai 2013 (der EZB-Rat kommt hier in Bratislava zusammen). Der EZB-Leitzins sollte nach unserer Einschätzung früher oder später 0,0 bis 0,25 Prozent erreichen - was dem Niveau in den Vereinigten Staaten von Amerika entsprechen würde. Ausschlagend für eine solche Zinsentscheidung dürfte zum einen die weiter nachgebende Konjunktur im Euroraum sein (unsere Schätzung für das Wirtschaftswachstum im Euroraum in 2013 ist -1,0 Prozent J/J, wobei die anhaltende Rezession auch stärker ausfallen könnte). Zum anderen wird der EZB-Rat versuchen wollen, durch eine Verbilligung der Zinsen die prekäre Finanzlage vieler Geldhäuser zu verbessern.

EZB-Leitzinsen und Geldmarktzinsen in Prozent



Quelle: Thomson Financial

© Prof. Dr. Thorsten Polleit
Auszug aus dem Marktreport der Degussa Goldhandel GmbH

(1) Siehe hierzu: Europäische Kommission, Neue Krisenmanagement-Maßnahmen zur Vermeidung künftiger Bankenrettungen, IP/12/570, 6. Juni 2012.

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/169505--Sparern-droht-der-Bail-in.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer](#)!

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).